

# Sächsische Landeszeitung für die Provinz Sachsen



In ganz Halle  
die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen

Jahrg. 217 Nr. 116/172

**Bezugspreis:** monatlich 3,40 Goldmark. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhändler und andere Buchhandlungen entgegen. — Höhere Gewinne enthält den Betrag von Subskribenten.

**Halle-Saale**  
Mittwoch, 23. Juli 1924

**Anzeigenpreis:** Die 6 Spaltenzeilen 84 mm breit (mit- und ohne Bilder) 10 Pfennig. Kleinanzeigen: 6 Pfennig. Familien-Anzeigen: 4 Pfennig. Stellen-Anzeigen: 3 Pfennig. Rabat nach Tarif. Erhaltungssatz Halle-Saale.

## Die gefährdete Londoner Konferenz

### Das verstimmt Frankreich

#### Unbehagen in Paris

Paris, 22. Juli.

Die neuen Garantieforderungen der amerikanischen Bankiers haben das Hauptthema für die Morgenblätter, die zum ersten Male die Frage aufwerfen, ob es sich jetzt um eine ernsthafte Gefährdung der Konferenz handelt. Interessant ist die Stellungnahme der Presse, je nach dem Parteienstand, wobei man das meiste zwischen den Zeilen herauslesen muß. Erst kann man nämlich die ganze Stimmung der Franzosen über die Stellungnahme der Bankiers in London erkennen. Das "Petit Journal" drückt sein Erstaunen darüber aus, daß die amerikanischen Bankiers jetzt auf Sollicit drücken, und fragt weiter, ob Normann und Lamont nicht lieber sollten, die Forderungen der Geldverleiher zu verweigern. Unter "politischer Berichterstattung" verlesen die Franzosen offenbar den energischen Widerspruch der amerikanischen Bankiers gegen jede isolierte Vorgehensweise Frankreichs. Wenn der "Matin" heute von einer ernsten, wenn nicht sogar tragischen Schwierigkeit spricht, so meint er damit ausschließlich in erster Linie die immer in Hintergründe schiebende "Möglichkeit einer Revision des Versailler Vertrags, die Frankreich bekanntlich unbedingt vermeiden möchte.

### Die „maßlosen“ Forderungen der Deutschen

Paris, 22. Juli.

Die für morgen in Aussicht genommene Diskussion der Londoner Konferenz dürfte wegen der gestern erfolgten Aktion der anglo-amerikanischen Finanziers auf ein unbestimmtes Datum hinausgeschoben werden. Unberechenbar ist die Einladung der Deutschen vor der "Information" aus London gemeldet wird, ab sofort zu treffen zu kommen. Ein Londoner Vertreter des genannten Blattes gibt eine pessimistische Schilderung von der Situation. In den anglo-belgischen Kreisen der Londoner Konferenz werde die von den anglo-belgischen Finanziers unternommene Offenheit als schwerwiegend beurteilt. Die Deutschen sollten, wenn sie an der Londoner Konferenz teilnehmen, sich mit maßlosen Forderungen (1) einstellen zu wollen und namentlich die Überwindung sämtlicher alliierten Beamten aus den rheinischen Gebieten zu fordern, sowie die Interdubung jeder selbständigen Aktion. Sie werden weiterhin die Festsetzung neuer, näherliegender Fristen für die militärische Räumung der Ruhr und der drei letzten Kohlen-, Eisen- und Zinkminen, sowie auch des gesamten linken Rheinufer verlangen.

### Morgan reißt nach London

Paris, 22. Juli.

Pariser Mitteilungsblättern wird aus New-York gemeldet, daß der Bankier J.P. Morgan sich am 26. Juli nach London einschiffen wird. Er erklärt, daß seine Reise in keinerlei Zusammenhang mit der deutschen Anleihe stehe.

### Eine Erklärung Herriots

Berlin, 22. Juli.

Wie der "Völkischer Anzeiger" meldet, soll Herriot nach seiner Unterredung mit Lamont vollständig den amerikanischen Kapitalisten erklärt haben, die innerpolitische Lage ermögliche es ihm, Herriot, nicht die geforderten Zusicherungen den Bankiers zu gewähren.

## Amerika bleibt hart

### Hughes steht hinter den Bankiers

Berlin, 22. Juli.

Aus London berichtet der "Völkischer Anzeiger", daß Staatsminister Hughes, der seine Rede vor den Kongress einigen Journalisten im voraus zur Verfügung stellte, unter dem Eindruck der Schritte der Bankiers den Text anzuheben und sagte, das Konferenzergebnis müsse allen Interessierten zugute kommen. Er verspricht kein Zweifel mehr darüber, daß Hughes hinter den Bankiers steht. Die neuen Forderungen der Bankiers mit allen Finanzministern und allen Premierministeren bauer zur Stunde noch an. Die Spannung ist sehr groß.

### Ein belgischer Kompromißvorschlag in der Sanktionsfrage

London, 22. Juli.

(Eigener Drahtbericht.) Zwischen den Delegationen hat heute ein umfangreicher Reinigungs-austausch über die Frage stattgefunden, ob den Anliefern die gestern formulierten Zusicherungen genügt werden könnten. Der belgische Ministerpräsident hat schließlich eine Kompromißformel vorgebracht, nach welcher die Erfüllung deutscher Verpflichtungen nur der Reparationskommission zuzuführen ist, die aber neben der Einholung eines Gutachtens des Generalagenten für Reparationen und eines Vertreters der Geldgeber auch noch ein Gutachten des Dawes-Komitees oder des Finanzkomitees des Völkerbundes zu Rate ziehen muß, bevor die Reparationskommission deutsche Verpflichtungen feststellt. Das Dawes-Komitee würde zu diesem Zwecke wieder zusammenberufen werden.

### Noch immer keine Einladung an Deutschland

London, 22. Juli.

(Eigener Drahtbericht.) Die Führer der alliierten Delegationen und der amerikanischen Delegierten Collogg sind heute vormittag in der Downing Street zu einer Versprechung zusammengetreten. Im Verlauf dieser Aussprache wurde von Macdonald die Frage der Einladung der Deutschen Delegation an die Konferenz zur Sprache gebracht. Eine Entscheidung hierüber ist jedoch noch nicht gefallen. Die britische Delegation wurde daraufhin, ihren Standpunkt schriftlich mitzuteilen. Die amerikanischen Delegierten äußerten sich über die Frage der Einladung der Deutschen Delegation nur dann auf Grund dieses Gutachtens zu äußern, das dem Grund vorliegt, die Deutschen sofort nach London zu laden, wo sie sich später vor der Reparationskommission an Worte kommen lassen. (1)

### Die Fraktionen beim Reichskanzler

Berlin, 22. Juli.

(Eigener Drahtbericht.) Der Reichskanzler empfing heute nachmittags gegen 6 Uhr die Reichstagespräsidenten mit Ausnahme der Nationalsozialisten und Kommunisten und zwar erschienen von der Deutschnationalen Volkspartei Bergt und Hochlich, von der Deutschen Volkspartei Bapf und Curtius, von Zentrum Spahn und Jochenowich, von der Nationalen Volkspartei Klotz und Gumbinger, von den Demokraten Koch und von den Sozialdemokraten Hermann Müller und Gifferting. Der Reichskanzler unterrichtete die Reichstagespräsidenten über die zum Dawesgutachten anberaumten Geschehnisse.

Von anderer Seite hören wir, daß in dieser Aussprache, in der u. a. außer den Reichstagespräsidenten und den Reichstagesminister Dr. Stresemann auch die Minister Dr. Luther und Dr. Jarres teilnahmen, die parlamentarische Lage erörtert wurde, wie sie sich demnach gestalten kann. Über den Inhalt dieser Aussprache wurde jedoch die Vertraulichkeit vollkommen gewahrt.

### Tirpitz über den Sachverständigenbericht

New-York, 22. Juli.

Die Wälder des "International News Service" bringen ein Interview seiner Spezialkorrespondentin in Berlin. Witz Hilko von Cecil-Trow mit Generalmajor von Tirpitz. Darin heißt es: "Meine Stellung ist die eines Mannes, der nicht ausschließlich Parteilichkeit ist, wie ich dies öffentlich erklärt habe, als ich in den Reichstag trat. Ich habe kein anderes Ziel, als alle Parteien des Reichstages mit Ausnahme der sozialistischen Gruppen für das allgemeine Beste der Nation zusammenzuführen. Es sind jedoch gerade die Sozialisten, die eine heftige Propaganda für die Annahme des Dawes-Gutachtens machen. Sie behaupten, daß sie diesen Standpunkt rein aus patriotischen und idealistischen Motiven einnehmen, aber in Wahrheit geht ihr einziges Streben dahin, in Deutschland ihre politische Macht zu vergrößern. War unsere Unterredung mit dem Reichstag durch den Vertrag erreicht worden, daß man uns die Hälfte auf die Brust hätte, würde die Annahme und Ausführung des Dawes-Gutachtens nach festem Verstand und Würde das Schwert in unser Herz stoßen.

Die Alliierten wußten, daß als Kanzler mich der Annahme des Dawes-Gutachtens in seiner jetzigen Form widerstehen würde und deshalb wurde von ihnen gegen meine Benennung Einspruch erhoben. Der weitläufige amerikanische Staatsmann in ihrem Senat erkannte schnell die Gefahr, die für die Welt in dem Artikel 10 des Verbandsvertrages verborgen liegt. Ich bin bestürzt, daß gegenüber die Amerikaner sich jetzt noch nicht die Gefahren einsehen haben, die für die Welt in diesem Dokument verborgen sind.

Die Annahme der Bedingungen des Dawes-Gutachtens und der Versuch, diese unumgänglichen Bedingungen unterzusehen auszuführen, würden den amerikanischen Exporthandel so mächtig beeinträchtigen, daß eine Periode eines allgemeinen Wirtschaftskrisens in den Vereinigten Staaten daraus entstehen könnte.

Das Dokument, wie es heute ist, wird tödlich für uns. Ich kann nicht sagen, welche Änderungen erreicht werden könnten, aber es muß der Welt klar werden, daß wir hilflos sind, dem Druck der zwei herrschenden Mächte Europas Widerstand zu leisten. Auf einer Bedingung würde ich gewiß bestehen haben, und das ist die, daß gleichzeitig mit unserer Einwilligung den Bericht anzunehmen, die Franzosen fürgeben und die Franzosen zeigen Truppen und ebenso die belgischen Truppen fürgeben die Ruhr und die Rheinlanden, die sie unermäßig besetzt haben, räumen sollen. Zu leisten dieser gab die britische Regierung unsere Bedingung zu, daß diese Einrückungsgebiete unermäßig besetzt bleiben.

Trotz der Bedingungen, die als Propaganda für die Annahme des Dawes-Gutachtens hinausgeschickt wurden, ist dieser Bericht jetzt auf den Versailler Vertrag basiert. Der Premierminister Macdonald hat zugegeben, daß der Bericht in vielen Fällen über den Vertrag hinausgeht.

Wird der Bericht der Sachverständigen Mac Kenna-Bericht anstatt Dawes-Bericht sein, so glaube ich, daß er in Frankreich anerkannt geprüft würde. Dann würde ich sehr froh sein, daß der Plan nur ein Schulspiel und der Bericht eine Kur für die internationalen Bankleute auf Kosten Deutschlands darstellt. Ich glaube nicht, daß selbst General Dawes die ganze Tiefe der Unmöglichkeit versteht, die in diesem Dokument liegt. Aber die alliierten Diplomaten sind nicht ganz klar über die Möglichkeiten, die er enthält, um Deutschland weiter zu verdrängen.

Die Korrespondentin fragte schließlich den Admiral, was für Verträge er zu machen hätte, um die Entschuldigungsfrage in Ordnung zu bringen. Er erwiderte: "Ich denke, daß die Frage in einer viel präziseren und greifbareren Art behandelt werden könnte, wenn sie einem unparteiischen Komitee, zusammengesetzt aus Ihren amerikanischen Senatoren, Herren Senatoren und einem belgischen Mitglied, überlassen würde. Ich bin eine unparteiische Lösung finden würde. Sicher bin ich, daß sie nicht etwa für Unbeantwortliches tun würden wie das, die wirtschaftlichen von den politischen Fragen zu trennen."

### Zwanzig-Millionen-Kredite für die Gemeinden des besetzten Gebietes

Berlin, 22. Juli.

Der Reichstagsauschuß für die besetzten Gebiete beschloß, einen Betrag von mindestens zwanzig Millionen zur Verfügung zu stellen für die Gemeinden der besetzten Gebiete, die infolge des Krieges einen Wohnungsmangel leiden und Ausgewiesene in größerer Zahl wieder aufnehmen müssen. Der Auschuß wird fernerhin einflussreich einen entsprechenden Antrag an den einmündigen der Reichsregierung zur Befreiung der neuerlichen Bau- und Gewerbe-Schwierigkeiten fordern.

### Sechs Monate Gefängnis für patriotische Lieder

Genève, 22. Juli.

Bekanntlich hat der französische Disziplinarkommissar von jungen Strafmaßregeln wegen des Vortrages deutscher patriotischer Lieder anlässlich eines Konzertes im Stadgarten verurteilt. Am Abend des 9. Juli wurde im Stadgarten ein Feuerwerk veranstaltet, mit dem ein Konzert des Böhmermannischen Orchesters verbunden war. Das Konzert wüthete sich programmäßig ab, nur gab der Dirigent hin und wieder eine Zugabe, und zwar legte er folgende drei Lieder ein: "O Deutschland hoch in Ehren", "Das Flaggenlied" und das bekannte "Alles Weimoblied". Das erwähnte Lied wurde unter Einwirkung des hiesigen Besatzers der Zuhörer wiederholt, wobei das Publikum mitlief.

Die französischen Offiziere, die im hiesigen Colonnade vor Kasino saßen, hörten die Lieder und nahmen an ihnen Anstoß. Die Folge davon waren Strafmaßnahmen, u. a. die einseitige Einstellung der Stadgarten-Konzerte. Die französischen Behörden erheben außerdem Anklage gegen den Musikdirektor Müller sowie gegen die Musiker des Stadgarten, die Herren Meier und Dreher. Die Angelegenheit stand gestern vor dem französischen Kriegsgericht zur Untersuchung. Die angeklagten drei Herren befinden sich auf freiem Fuß. Ihnen wird zur Last gelegt, durch den Vortrag der drei patriotischen Lieder gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung sowie gegen die Sicherheit der Besatzungstruppen verstoßen zu haben. Das Kriegsgericht kam zu einer Verurteilung und erkannte gegen den Dirigenten Müller auf sechs Monate Gefängnis, gegen Dreher auf 800 und gegen Meier auf 400 Goldmark Strafe. Müller wurde freigesprochen.

### Der Buchanan

Paris, 22. Juli.

Aus London wird gemeldet, daß Sir Buchanan, der bei Kriegsbeginn erster britischer Botschafter in Petersburg war, im Alter von 86 Jahren gestorben ist.

gen  
fen.  
ind.  
weiter dem  
die in  
nden.  
r. 54.  
ge  
a mir  
P.  
hritten Maß  
et bin,  
Driftel mit  
nach  
igung  
n.  
ere  
2 Telle  
itz. - Die  
ische Ein  
- Riese  
fälle un  
ngültig  
sachsen  
ters  
tänzen.  
Program  
kasse.  
Festball m  
tram  
ter  
1924  
heckmarkt  
The  
stentio  
Ereignis  
kommende  
Woche







